

Blickpunkt Niedersachsen

Nr. 59

Mitgliederinformation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Niedersachsen e.V.

508 Stellenhebungen von insgesamt 1.282 Hebungen

für die Steuerverwaltung!

Das ist das Ergebnis der Haushaltsklausurtagung der Regierungsfractionen zum Landeshaushalt 2007.

Dieser Erfolg ist vor allem auf den unermüdlichen Einsatz der DSTG unter dem Vorsitz des Kollegen Jürgen Hüper zurückzuführen.

mehr dazu auf Seite 3

Aus dem Inhalt:

Erstes Niedersächsisches Finanzforum

Der Bezirkspersonalrat (Land) beendet seine Bezirkstagungen für 2006

KONSENS als Nachfolger von FISCUS

Herbstseminar der DSTG Jugend

Wir empfehlen allen Kolleginnen und Kollegen auch gegen die Besoldung bzw. Versorgung 2006 hinsichtlich der Sonderzuwendung Widerspruch einzulegen. Der Widerspruch ist noch bis Ende des Jahres möglich und an die zuständige Bezüge- oder Versorgungsstelle zu richten. Ein entsprechendes Muster finden Sie im DSTG Magazin Nr. 11. Das Muster kann aber auch bei Ihrem Ortsverband bzw. dem DSTG-Landesverband abgefordert werden.

LANDESFRAUENVERTRETUNG

Versammlung der Frauenvertreterinnen

Am 20. November fand in Hannover die jährliche Versammlung der niedersächsischen DSTG-Frauenvertreterinnen statt.

Die Landes-Frauenvorsitzende Angelika Podschadly und ihre Stellvertreterinnen Henriette Schmager und Angelika Diedrich konnten ca. 40 engagierte und motivierte Frauen begrüßen. Zu einzelnen Themen ergaben sich lebhafte Diskussionen und viele Anregungen für die weitere Arbeit. Allerdings bekamen auch die Teilnehmerinnen eine Aufgabe mit nach Hause: Die Richtlinien für die Arbeit der DSTG-Frauen Niedersachsen sind etwas veraltet. Die Vorsitzende bat um Vorschläge und Mithilfe bei der Überarbeitung und Modernisierung der Richtlinie.

Am Vormittag berichtete Angelika Podschadly unter anderem über die Bundesfrauensitzung in Koblenz. Anschließend erzählte Angelika Diedrich von ihren Eindrücken bei der Bundesfrauensitzung in Potsdam (nähere inhaltliche Informationen sind im DSTG-Magazin und auf der Internetseite www.frauen.dbb.de zu finden). Henriette Schmager beschloss den Vormittag mit Informationen aus der Arbeit des geschäftsführenden Landesvorstandes. Der DSTG-Landesvorsitzende Dr.

Thorsten Eichenauer konnte wegen einer akuten Erkrankung leider nicht an der Sitzung teilnehmen.

Wegen eines Unfalls konnte auch die Referentin für den Nachmittag, Frau Pegel-Rimpl, ihren geplanten Vortrag über Eingliederungsmanagement gem. § 84 Abs. 2 SGB IX nicht halten. Dafür ist kurzfristig der Kollege Axel Kreklow, Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen im BPR, eingesprungen. Er stellte in kurzen Worten das Gesetz vor (gilt seit dem 01.05.2004). Ziel des Gesetzes ist es, ein erneutes Abgleiten in Krankheit zu vermeiden - Reha vor Rente-.

Es besteht noch diverser Klärungsbedarf; einige Punkte wurden im Gremium diskutiert. Diese Anregungen wird der Kollege Kreklow in die Diskussion mit der Dienststelle mitnehmen, ebenfalls mit im „Boot“ sind der BPR und die BFB. Es wird daran gearbeitet, eine Rahmendienstvereinbarung zu erstellen. Zum Thema Gesundheitsmanagement gab der Kollege Kreklow eine kurze Zusammenfassung über bisher Durchgeführtes (Piloten) und die jetzigen Möglichkeiten.

*Angelika Diedrich, Angelika Podschadly und
Henriette Schmager
DSTG-Landesfrauenvertretung*

EHREN RAT

Sitzung des Ehrenrats

Auf dem a.o. Landesverbandstag der DStG Niedersachsen wurde eine geänderte Ehrenordnung verabschiedet. Am 11. Oktober 2006 hat der Ehrenrat in seiner ersten Sitzung nach dem Verbandstag entsprechend § 3 der Ehrenordnung einen Vorsitzenden und 2 Stellvertreter gewählt.

Zum Vorsitzenden des Ehrenrates wählten dessen Mitglieder Jürgen Hüper, seine Stellvertreter sind Werner Luerßen und Horst Dölling.

Die Zahl unserer Mitglieder, die sich im Ruhestand befinden bzw. derjenigen, die in absehbarer Zeit in den Ruhestand gehen werden, wird sich deutlich erhöhen. Als Folge nunmehr ständiger Rechtsprechung ist eine unterschiedliche Behandlung von aktiven und nicht mehr aktiven Beschäftigten zu erwarten. Dieser Aufgabe, nämlich die besondere Betreuung der Ruheständler, wird sich der Ehrenrat in Zukunft wesentlich intensiver als in der Vergangenheit widmen.

Erreichbar für Fragen und Anregungen sind die Vertreter des Ehrenrats über die Geschäftsstelle der DSTG.

LANDESVORSTAND

400 Euro für das dritte und jedes weitere Kind - ein Schritt auf dem Weg zur amtsangemessenen Alimentation

Ab dem kommenden Jahr erhalten Beamtinnen und Beamte für das dritte und jedes weitere Kind pro Jahr eine Einmalzahlung von 400 Euro. Diese Entscheidung der Regierungsfractionen ist ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn die amtsangemessene Alimentation damit noch lange nicht erreicht ist. Unser Landesverband hat nachhaltig auf dieses Umdenken der Politik eingewirkt, indem er seinen Mitgliedern Rechtsschutz bei Klagen auf amtsangemessene Alimentation gewährte. Inzwischen liegen erste Urteile niedersächsischer Verwaltungsgerichte vor, auf die wir nach Vorliegen der Begründung näher eingehen werden.

DAS MEINT JÜRGEN HÜPER

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

obwohl ich mich von Ihnen allen in der Augustausgabe des Blickpunkts bereits verabschiedet habe, hat mich der Landesvorstand gebeten, mich an dieser Stelle noch einmal zu Wort zu melden.

Bei meinen diesjährigen Besuchen in den Finanzämtern, aber auch in meinem Bericht zur Lage anlässlich des a.o. Landesverbandstages im September, habe ich Sie darüber unterrichtet, dass ich mich auch für das Haushaltsjahr 2007 für ein Hebungsmodell in der Steuerverwaltung eingesetzt habe. Das positive Ergebnis dieses Einsatzes ist der Grund, weshalb ich noch einmal schreibe. Es geht mir auch darum, Ihnen aufzuzeigen, wie mühevoll der Weg sein kann, um ans Ziel zu gelangen.

Bereits im Januar 2006 hat der Hauptpersonalrat (Steuer) im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens für das Haushaltsjahr 2007 Stellenhebungen beantragt. In vielen Erörterungen mit verschiedenen Stellen im Finanzministerium hatte ich den Eindruck, dass dieses Begehren durchaus positiv begleitet werden würde. Eine entsprechende, leicht abgespeckte Version fand auch die Zustimmung des damaligen Staatssekretärs Herrn Dr. Hagebölling. Die Vorstellung, es sei jetzt alles gelaufen, wurde jäh zerstört, weil die Haushaltsabteilung im MF entschied, keinerlei Hebungen im Lande zu bewilligen.

Für mich stand nun fest, dass jetzt nur noch unser Minister helfen konnte. In verschiedenen Gesprächen zeigte dieser den Weg, der doch noch zum Erfolg führen könnte. Bereits die Stellenhebungen für das Jahr 2006 waren nur nach Gesprächen mit den Fraktionen im Landtag möglich. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Bernd Althusmann war nach Vermittlung durch unseren Minister sofort bereit, unsere Vorstellungen eines Hebungsmodells mit mir zu erörtern. Unsere Unterlagen mit den Wünschen, aber auch Berechnungen der haushaltsmäßigen Auswirkungen wurden mit großer Sachkenntnis auf beiden Seiten anhand detaillierter Zusammenstellungen besprochen. Verständlicherweise konnte zu diesem Zeitpunkt (Anfang September) von Herrn Althusmann keine konkrete Aussage erwartet werden, was unter dem Strich für uns dabei herauskommt. Aber die Zusage, unsere Forderung in die Haushaltsklausur der Regierungsfractionen (12. bis 14.11.2006) einzubringen, war schon ein großer Schritt nach vorn.

Die Zeit bis dahin war ein ständiges Auf und Ab, weil Teilinformationen und Gerüchte immer wieder Zweifel am Erfolg aufkommen ließen. Zusätzlich musste ich mir noch Sprüche anhören nach dem Motto: "Der kann auch nicht loslassen." Da ich aber das ganze Verfahren angefangen hatte, wollte ich es auch zu Ende bringen.

Mit Spannung haben wir dann das Ergebnis der Klausurtagung erwartet. Von den durch die Fraktionen beschlossenen Hebungen entfallen endgültig 508



Hebungen = Beförderungsmöglichkeiten auf die Steuerverwaltung. Das ist ein toller Erfolg und mein Dank gilt denjenigen, die dabei mitgeholfen haben, insbesondere unserem Finanzminister Hartmut Möllring und Herrn Bernd Althusmann von der CDU-Fraktion.

Die Hebungen betreffen alle Besoldungsgruppen von A 7 bis A 13. Die entsprechenden Beför-

derungen können umgesetzt werden sobald der Haushalt 2007 in Kraft tritt. Das ist der Fall, wenn die beglaubigten Haushaltspläne den Ressorts zugestellt worden sind. Bis dahin gibt es nur eine vorläufige Haushaltsführung.

Jetzt gilt es darauf zu achten, dass die Umsetzung auch in dem Sinne erfolgt, wie wir sie ausgehandelt haben und nicht durch Verwaltungshandeln ins Gegenteil verkehrt werden. Ich denke dabei besonders an die Teilhabe der Verwendungsaufsteiger vom mittleren in den gehobenen Dienst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe den Weg zum Ziel deshalb so ausführlich dargestellt, damit Sie eine Vorstellung davon bekommen, wie mühselig es ist, Erfolge zu erreichen. Sie können daraus aber auch erkennen, dass es sich lohnt und nur die Gewerkschaftsarbeit zum Erfolg führt. Sie mögen aber auch sehen, die DSTG tut etwas.

Wenn sie mir erlauben, ein Fazit zu ziehen, dann kann ich feststellen:

1. Wir haben 508 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten in 2007 erreicht
2. Beamtinnen und Beamte erhalten in 2007 eine Einmalzahlung
3. Ab 1.1.2008 gibt es eine Gehaltserhöhung von 3 %.

Ich denke, es ist Licht am Ende des Tunnels zu sehen und auf das Erreichte sollten wir stolz sein.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien noch eine angenehme Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und für das Neue Jahr alles erdenklich Gute.

Das war noch einmal

Ihr

Erstes Niedersächsisches Finanzforum - Partnerschaft zwischen Steuerverwaltung und Steuerbürger

Am 4. Oktober 2006 veranstaltete das Niedersächsische Finanzministerium gemeinsam mit der Steuerberaterkammer Niedersachsen das erste Niedersächsische Finanzforum. Diese Podiumsdiskussion war die Auftaktveranstaltung zu einer zukünftig jährlich stattfindenden Veranstaltungsreihe.

Die Erstauflage widmete sich dem Generalthema des Projekts „Partnerschaft zwischen Steuerverwaltung und Steuerbürger“. Für die Besetzung des Podiums konnte mit dem Großburgwedeler Hörgeräteunternehmer Martin Kind ein sehr profilierter Vertreter der Wirtschaft gewonnen werden. Die Steuerberater wurden durch Herrn Dr. Grürmann, den Präsidenten der Steuerberaterkammer Niedersachsen vertreten. Für die Steuerverwaltung sprachen MD Hinrich Seidel, Leiter der Abteilung „Steuern“ im Finanzministerium Mecklenburg Vorpommern und RD Frank Heilmann, Vorsteher des Finanzamtes Goslar.

Mit rund 100 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Steuerberatung und Verwaltung entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, die von den Podiumsteilnehmern bei aller Divergenz in den Auffassungen beispielhaft fair geführt worden ist. Bereits früh zeigte sich das Einvernehmen in der Auffassung, dass alle am Steuerverfahren Beteiligten durch die ständig steigende Komplexität des Steuerrechts geradezu zur Zusammenarbeit gezwungen werden.

Im weiteren Verlauf der Diskussion ergaben sich erste Ansatzpunkte dafür, wie eine konkrete Verbesserung der Zusammenarbeit zu erreichen sein könnte:

Stärkere und frühzeitigere Konsensorientierung. Es wurde gefordert, dass Steuerberater und Steuerverwaltung nicht erst im finanzgerichtlichen Verfahren, sondern bereits in einem deutlichen früheren Verfahrensstadium versuchen, das Besteuerungsverfahren auf der Basis des geltenden Rechts einer einvernehmlichen Lösung zuzuführen.

Zeitnähere und kürzere Betriebsprüfungen. Vor allem von den Vertretern der Wirtschaft wurde auf das für die Unternehmen schwer tragbare wirtschaftliche Risiko überlanger Prüfungszeiträume und auf die allein durch den Zeitablauf entstehenden Probleme bei der Sachverhaltsermittlung hingewiesen. Von Verwaltungsvertretern, aber ebenso durch die Wirtschaftsvertreter selbst wurde in diesem Zusammenhang betont, dass auch die geprüften Unternehmen durch eine verstärkte und zügigere Mitwirkung die Prüfungsdauer und gleichzeitig den Prüfungssturnus positiv beeinflussen können.

Nutzung moderner und schneller Kommunikationsmittel. Es bestand Einigkeit in der Forderung, der fortschreitenden „Verschriftlichung“ des Verfahrens durch mehr Telefonate und den Einsatz moderner Kommunikationsmedien entgegen zu wirken und so eine Verfahrensbeschleunigung zu erreichen.

In einer gemeinsam von Steuerberatern und Steuerverwaltung gebildeten Projektgruppe, die auch schon das Finanzforum vorbereitet hat, sollen diese Ansatzpunkte weiterverfolgt und in konkrete Handlungsoptionen umgesetzt werden. Das Stimmungsbild nach der Veranstaltung ließ darauf schließen, dass diese von den Teilnehmern als ein Erfolg bewertet und eine Fortsetzung ausdrücklich gewünscht wird. Die gemeinsame Projektgruppe bekam den Auftrag, sich zügig mit der Vorbereitung der nächstjährigen Veranstaltung zu befassen. Daneben wird eine zusätzliche, verwaltungsinterne Arbeitsgruppe sich der Aufgabe widmen, die Finanzverwaltung auf Möglichkeiten zur Verbesserung der Kundenzufriedenheit hin zu untersuchen. Es soll unter Beteiligung sowohl der OFD als auch der Finanzämter versucht werden, die Kundenzufriedenheit als ein Ziel des Verwaltungshandelns stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

*Birgit Diers
Pressesprecherin des Niedersächsischen
Finanzministeriums*

Gastkommentar der Finanzstaatssekretärin Cora Hermenau:

Ich danke der Redaktion des Blickpunktes für die Möglichkeit, an dieser Stelle einige Worte an die Leserschaft richten zu können.

Das Niedersächsische Finanzforum hat auch innerhalb der Finanzverwaltung eine intensive Diskussion über die Chancen und Grenzen der Zusammenarbeit von Steuerverwaltung und Steuerbürgern ausgelöst.

Mir ist sehr wohl bewusst, welche Anstrengungen eine solche Zusammenarbeit erfordert. Ich möchte aber ausdrücklich dafür werben, noch mehr die Chancen einer verstärkten Zusammenarbeit in den Blick zu nehmen. Wie im richtigen Leben müssen von einer derartigen Partnerschaft beide Seiten - also auch die Finanzverwaltung profitieren. Die Zusammenarbeit muss von beiden Seiten gewollt und getragen werden. Angesichts der auch zukünftig weiter steigenden Arbeitsbelastung sollten wir jede Möglichkeit der Effizienzsteigerung nutzen. Wenn es uns gelingt, durch eine bessere Zusammenarbeit die Arbeitsbelastung für alle Beteiligten auch nur geringfügig zu verringern, hat sich das gemeinsame Bemühen bereits gelohnt.

LANDESVORSTAND

Wir dürfen außerdem die Auswirkungen des Verwaltungshandelns auf die Bürger nicht aus dem Blick verlieren. Es muss unser Interesse sein, durch eine stärkere Bürger- bzw. Kundenorientierung das Vertrauen der Steuerpflichtigen in die Steuerverwaltung zu stärken. Nur auf der Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit werden wir den ständig wachsenden Anforderungen dauerhaft begegnen können.

Aus diesen Gründen bitte ich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der niedersächsischen Finanzverwaltung, sich an dem Projekt „Kundenorientierung“ zu beteiligen, sich in die Diskussion einzubringen und die Umsetzung in der täglichen Arbeit zu unterstützen.

Abschließend möchte ich auch diese Gelegenheit nutzen, um mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der niedersächsischen Finanzverwaltung, auch im Namen von Herrn Minister Möllring, für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit zu bedanken. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in ein erfolgreiches neues Jahr.



*Cora Hermenau
Staatssekretärin im Niedersächsischen Finanzministerium*

TARIFBEREICH

Informationen zum TV-L

Der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) ist seit dem 01. November 2006 in Kraft getreten. Er regelt den arbeitsrechtlichen Rahmen für alle Beschäftigten im Landesdienst. In diesem Blickpunkt wird lediglich ein kurzer Überblick zum TV-L erfolgen.

Auf der Homepage der dbb tarifunion werden aktuelle und detaillierte Informationen zeitnah nachzulesen sein.

Arbeitszeit:

Bedingt durch die im TVöD vereinbarte "Meistbegünstigungsklausel" mussten länderspezifische Regelungen gefunden und vereinbart werden. Eine eigens hierfür gefundene mathematische Berechnungsformel führte für die Beschäftigten in der Steuerverwaltung in Niedersachsen zu wöchentlich **39 Stunden und 48 Minuten**. Diese Regelung kann zum 31.12.2007 gekündigt werden.

Entgelt/Überleitung/Leistungsentgelt

Zukünftig gibt es keine Unterscheidung mehr zwischen Arbeitern und Angestellten. Die Vergütungs- und Lohn tabellen werden zu einer einheitlichen **Entgelttabelle** für alle Beschäftigten zusammengeführt. Die Tabelle wird durchlässiger und die Bezahlung vor allem für Jüngere attraktiver. Bisherige Lebens-/Dienstaltersstufen werden durch bis zu 6 **Erfahrungsstufen** ersetzt. Entgeltbestandteile wie Allgemeine Zulage, Orts- oder Sozialzuschläge wurden in die Tabelle integriert. Jeder Bedienstete wird von der Eingruppierung nach BAT (Stand 30.11.2006) in die neue dafür zugewiesene Entgeltgruppe übergeleitet. Für jeden

Beschäftigten wird zum Stichtag 31. Oktober 2006 ein so genanntes **Vergleichsentgelt** auf der Grundlage der Bezüge, die im Oktober zustanden, ermittelt. Die Geschäftsstellen der Finanzämter haben diesbezügliche Meldungen an das NLBV bereits vollzogen.

Wichtiger Hinweis:

Bei der Überleitung können für in Teilzeit arbeitende Ehegatten, die nicht in den TV-L übergeleitet wurden (z.B. Beamte/oder im BAT Verbleibende), Verluste hinsichtlich der Stufe 1 oder 2 des Familienzuschlags im Ortszuschlag oder bei der Weitergewährung von Kinderanteilen auftreten. Hier ist ggfs. ein Berechtigtenwechsel des Kindergeldes angeraten. Dieses sollte sofort geltend gemacht werden.

Die letzte Frist für einen solchen Antrag ist der 31.12.2006!

Mit der Entgeltgruppenzuordnung und dem ermittelten Vergleichsentgelt erfolgt die Zuordnung in die neue Entgelttabelle (Übersicht der Zuordnung siehe Anlage 2 TVÜ-L). Da hier niemand eine "Punktlandung" hinlegen wird, wird immer in eine individuelle Zwischenstufe übergeleitet. Zum 01. November 2008 erfolgt dann die Überleitung aus dieser Zwischenstufe in die nächst höhere Erfahrungsstufe der Entgelttabelle.

Als Ausgleich für fiktive zukünftige Einkommenseinbußen wird für bestimmte Beschäftigte ab 01. November 2008 ein Strukturausgleich (abschließende Aufzählung in Anlage 3 TVÜ-L) gezahlt.

Die Tabellenwerte erhöhen sich zum 01. Januar 2008 um 2,9% und werden auf volle 5 Euro gerundet.

TARIFBEREICH

Ab dem 01. Januar 2007 wird zusätzlich zum Tabellenentgelt ein Leistungsentgelt eingeführt, beginnend mit 1 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres (Zielgröße (8 %)). Das Leistungsentgelt wird jährlich ausgeschüttet. Es besteht Ausschüttungspflicht. Solange hierzu kein Landestarifvertrag besteht, erhalten die Beschäftigten mit dem Dezembergehalt 12 % des monatlichen Tabellenentgelts als Zulage.

Jahressonderzahlung:

Mit dem TV-L gibt es für alle Beschäftigten eine Jahressonderzahlung jeweils zum 30. November eines Jahres. Diese nimmt an zukünftigen Entgelterhöhungen (Dynamisierung) teil und errechnet sich aus dem Durchschnitt der Monatsentgelte der Monate Juli, August und September (allerdings ohne etwaig gezahltes Urlaubsgeld und etwaig gezahlte Einmalzahlungen). Beschäftigte, die arbeitsvertraglich eine abweichende Regelung zum Weihnachts- und/oder Urlaubsgeld vereinbart haben, werden in maximal zwei Jahresschritten an die neuen Werte herangeführt.

<i>Jahressonderzahlung</i>	<i>Tarifgebiet West</i>	<i>Tarifgebiet Ost</i>
Entgeltgruppen 1 bis 8 (vormals BAT X bis BAT V c)	95,00%	71,50%
Entgeltgruppen 9 bis 11 (vormals BAT V b bis BAT III)	80,00%	60,00%
Entgeltgruppen 12 und 13 (vormals BAT II a)	50,00%	45,00%
Entgeltgruppen 14 und 15 (vormals BAT I b und I a)	35,00%	30,00%

Sonstige Mantelregelungen, die für alle Beschäftigten gleich sind:

Die Regelungen zur Unkündbarkeit bleiben erhalten (Tarifgebiet West)

Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall:

- Entgeltfortzahlung für 6 Wochen
- danach bis einschließlich 39. Woche Krankengeld von der Krankenkasse und Krankengeldzuschuss bis zum vollen Nettoentgelt durch den Arbeitgeber
- privat Krankenversicherte erhalten wie bisher 26 Wochen Entgeltfortzahlung

Jubiläumsgeld:

Beschäftigungszeit von 25 Jahren: 350 Euro

Beschäftigungszeit von 40 Jahren: 500 Euro

Erholungsurlaub:

Bis zum vollendeten 30. Lebensjahr: 26 Arbeitstage

Bis zum vollendeten 40. Lebensjahr: 29 Arbeitstage

nach dem vollendeten 40. Lebensjahr: 30 Arbeitstage

Wer nach altem Recht Anspruch auf mehr Urlaubstage hatte, behält diesen Anspruch als Besitzstand.

Weiter geht`s:

Zahllose Kollegen haben im Frühjahr dieses Jahres durch einen harten Arbeitskampf dafür gesorgt, dass dieser Abschluss überhaupt möglich wurde. Mancher Arbeitgeber in den Staatskanzleien von München, Stuttgart und Dresden hatte weitgehende Ziele und wollte zukünftig einseitig die Arbeitsbedingungen diktieren. Das haben wir gemeinsam verhindert. Der neue TV-L ist ein fairer Kompromiss, Verschlechterungen werden wir auch künftig nicht zulassen. Hessen und in Zukunft auch Berlin wollen wir in den TV-L reinholen.

Abschließend möchte ich auf die Information für den Tarifbereich von Ende Oktober hinweisen.

Machen Sie auch bei den Nichtmitgliedern Werbung für den Beitritt in unsere DSTG, damit wir eine starke Gemeinschaft bleiben oder besser eine noch stärkere Gemeinschaft werden.

Es ist nie zu spät in das Boot der Solidargemeinschaft der Beschäftigten (DSTG) einzusteigen.

Die dbb tarifunion wird für jedes einzelne Mitglied - so schnell wie möglich - mit einer Spezialausgabe über die detaillierten Inhalte und Regelungsbedarfe zum TV-L berichten.

*Reiner Kuchler
Geschäftsführender Landesvorstand
für den Tarifbereich*

LANDESVORSTAND

KONSENS-Seminare im Oktober/November 2006

Die dbb-Akademie hatte - wie schon in den vergangenen Jahren - zu Seminaren eingeladen, deren Thematik Gewerkschaftler und Personalräte der einzelnen Bundesländer gleichermaßen beschäftigt und auch zukünftig zunehmend beschäftigen wird. Es geht hier um den Themenkomplex, der sich um den Begriff "KONSENS" rankt.

Genau genommen handelt es sich bei dem Wort KONSENS um kein gebräuchliches Wort, sondern um eine Abkürzung. KONSENS steht für "Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung" und ist das Nachfolgeprojekt zum Vorhaben FISCUS. Im Gegensatz zu FISCUS versucht die Finanzministerkonferenz über dieses Projekt auf einem anderen als dem bisherigen Weg eine bundeseinheitliche Steuer-Software zu entwickeln und einzusetzen. Die Programmierverantwortung wurde entgegen dem bisherigen Konzept nicht in die Verantwortung von allen Bundesländern gelegt, sondern hier sind verantwortlich die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

In der Zeit vom 11. - 13. Oktober 2006 begrüßte der stellvertretende Bundesvorsitzende der DSTG, Thomas Eigenthaler, HPR- und BPR-Mitglieder aus fast allen Bundesländern, die an Informationen und dem Sachstand zu KONSENS und der entsprechenden Verfahren äußerst interessiert waren. Aus Niedersachsen nahmen an dem Seminar die HPR-Vorsitzende Veronika Deppe sowie die BPR-Mitglieder Andreas Franke und Uschi Japtok teil. Jedem der geplanten großen Verfahren wurde während der dreitägigen Veranstaltung ein eigener Seminarblock mit hochkompetenten Referenten aus den verschiedensten Bundesländern gewidmet. Im einzelnen konnten wir einiges über das Festsetzungsverfahren ELFE, das Erhebungsverfahren BIENE, das Verfahren Grundinfo und länderübergreifende Namensauskunft GINSTER/LUNA sowie das Verfahren SESAM und die benötigten Komponenten SteuBel (steuerliche Beleglesung) und Claudia (Datenplausibilisierung) lernen.

Das Verfahren BIENE, das beim Finanzamt Hannover-Süd pilotiert wird, ist allerdings noch kein Verfahren, welches unter dem Dach von KONSENS entwickelt worden ist. Hier handelt es sich noch um ein FISCUS-Projekt, das aber unter KONSENS ebenfalls eingesetzt werden kann und wird. Und das Verfahren LUNA wird in Niedersachsen noch unter LUNA I eingesetzt, inzwischen ist auch dort eine Fortentwicklung eingetreten. Im Besonderen wird uns das Verfahren SESAM, bei dem die Steuererklärungen gescannt, archiviert und vollautomatisch bearbeitet werden sollen, im nächsten Jahr ausführlicher beschäftigen. Nach Einsatz des steuerlichen Belegleseverfahrens (SteuBel) wird wohl auch in Niedersachsen der Scanner zunächst

einmal im Pilotbetrieb zum Einsatz kommen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten die einzelnen Projekte konstruktiv, aber auch kritisch. Wir waren und sind der Auffassung, falls durch den Einsatz der einzelnen Verfahren real überhaupt Personalressourcen freigesetzt werden, müssen diese Beschäftigten zur Qualitätsverbesserung eingesetzt werden.

Der Gedanke an das vor noch nicht allzu langer Zeit für gescheitert erklärte Projekt FISCUS und die hier mehr oder minder erfolglos eingesetzten finanziellen Mittel begleitete die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch in manchem Diskussionsbeitrag. Allerdings ist nun das Bemühen um eine straffe Organisation im Projekt KONSENS und eine ergebnisorientierte Erledigung der durchzuführenden Arbeiten sichtbar. Wir hatten schon den Eindruck, dass eine Bundessteuerverwaltung nicht gewünscht wird. Dieses könnte aber ggf. die einzige Alternative zu einem gescheiterten Projekt KONSENS, zumindest hinsichtlich der Automation, sein.

Das Seminar wurde abgerundet mit einem Referat zum Thema "Risikomanagement".



Dieses Thema wiederum eröffnete den Zugang zu dem weiteren dreitägigen Seminar der dbb-Akademie in der Zeit vom 07. - 11. November 2006 unter der Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Manfred Lehmann. Der aus Mitgliedern der HPR'e und der BPR'e der einzelnen Bundesländer zusammengesetzte Teilnehmerkreis konnte hier zum Thema "Risikomanagement in der Verwaltung" Neuigkeiten erfahren, Informationen erhalten und austauschen. Aus Niedersachsen waren die Kolleginnen Veronika Deppe und Uschi Japtok mit von der Partie. Eingangs wurden dem Teilnehmerkreis einige Grundlagen des Risikomanagements in der öffentlichen Verwaltung vermittelt. Anhand praktischer Anwendungen konnten wir eine Risikoanalyse durchführen und erleben, wie Risiken

LANDESVORSTAND

gewichtet werden können, um sie bereits im Vorfeld soweit wie möglich zu minimieren. Ob allerdings die öffentliche Verwaltung in allen Fällen eine solche Analyse durchgeführt hat, erscheint zweifelhaft. Vielleicht sind aber auch nur die Risiken anders gewichtet worden, als es unserer Vorstellung entsprechen hätte. Innerhalb der weiteren zwei Tage erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen durchaus umfassenden Einblick in die Risikomanagementverfahren der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Hessen und Sachsen.

In Rheinland-Pfalz sind zur Zeit Risikomanagementverfahren auch für den Bereich des Außendienstes im Werden. Grundlage für derartige Verfahren ist § 7 BpO. Danach "ist die Außenprüfung auf das Wesentliche abzustellen. ... Sie hat sich in erster Linie auf solche Sachverhalte zu erstrecken, die zu endgültigen Steuerausfällen ... oder zu nicht unbedeutenden Gewinnverlagerungen führen können". Bereits jetzt arbeiten die Beschäftigten des Außendienstes nach dieser Vorschrift, indem die Fallauswahl durch Beachtung der Größenklassen und Meldungen aus dem Innendienst und die Fallbearbeitung durch Bildung von Schwerpunkten erfolgt. Ein mögliches zukünftiges Risikomanagement für den Außendienst wird sicherlich Risikoinformationen des Innendienstes und des Außendienstes beinhalten müssen. Die Beispiele aus Hessen und



Sachsen verdeutlichten dem Teilnehmerkreis zum wiederholten Male, dass der Einsatz von Risikomanagement wegen der rückläufigen Personalzahlen aufgrund von Kürzungen in den vergangenen Jahren und der Zunahme der veranlagungsbegleitenden Tätigkeiten nicht zu umgehen ist. Hierfür wird zukünftig auch verstärkt auf die Nutzung von ELSTER und ELSTER Lohn gehofft werden müssen.

Alles in allem zwei außerordentlich informative und zukunftsorientierte Seminare. Die Personalräte sind sich einig: "Wir werden die neuen Verfahren weiterhin konstruktiv begleiten!". Im nächsten Jahr werden beide Seminare eine Fortsetzung erfahren.

Kurznotiert

Noch nicht Mitglied?

Große Werbeaktion der DSTG-Niedersachsen im nächsten Jahr!

Wer in der Zeit vom 01.01.2007 - 31.12.2007 ein Mitglied wirbt oder aber sich als Mitglied werben lässt, nimmt an einer Verlosung teil.

Als Preise sind vorgesehen:

Für die werbenden Kolleginnen und Kollegen:

5 *Sachpreise*

Für die geworbenen Kolleginnen und Kollegen:

3 *Gutscheine à 50,00 Euro von Amazon.de*

Wir wünschen gutes Gelingen!

Hinweis: Für die Teilnahme an der Verlosung ist es notwendig, dass auch der Werbende benannt ist.

DSTG Internetseite

Im Bereich der Internetseite der DSTG Niedersachsen (www.dstgnds.de) gibt es einen internen Bereich, der nur von den Mitgliedern genutzt werden kann. Für die Anmeldung in diesen Bereich benötigen Sie Ihren Namen und Ihre Mitgliedsnummer - diese Nummer finden Sie im Mitgliedsbuch, können Sie bei Ihrem Ortsverband erfragen oder aber auch in der DSTG Geschäftsstelle.

Bitte beachten Sie, dass für diese Anmeldung Ihr PC sogenannte "Cookies" akzeptieren muss. Sofern es Probleme mit der Anmeldung gibt, wenden Sie sich bitte an die DSTG Geschäftsstelle oder auch direkt an mich unter:

redaktion@dstgnds.de

oder

markus.plachta@fa-he.niedersachsen.de

Markus Plachta, Geschäftsführender Landesvorstand, für den Bereich EDV

DSTG Geschäftsstelle

In der Zeit vom **27. bis 29. Dezember 2006** ist die DSTG Landesgeschäftsstelle nicht durchgehend besetzt.

Anfragen in dieser Zeit richten Sie bitte vordringlich per eMail (geschaeftsstelle@dstgnds.de) an uns.

Dieses Konto wird von uns fortlaufend ausgelesen und die Anfragen dann zeitnah bearbeitet.

BEZIRKSPERSONALRAT

BPR beendet seine diesjährige Informationstour in Amelinghausen

In diesem Jahr fanden wiederum drei Bezirkstagungen des Bezirkspersonalrates (Land) statt.

Diesmal hatte der Bezirkspersonalrat am 25. Oktober nach Alfeld-Brunkensen, am 02. November nach Edeweicht-Friedrichsfehn und am 15. November 2006 nach Amelinghausen geladen, um dort die jeweiligen Personalräte über die Neuigkeiten aus dem Bezirkspersonalrat zu informieren.

Viele Personalratsvorsitzende wurden auch in diesem Jahr u.a. von der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung begleitet. Erfreulicherweise zeigen gerade die jungen Kolleginnen und Kollegen ein großes Interesse an der Arbeit der Personalvertretungen.

Der Bezirkspersonalrat (Land) hatte für die Personalvertreter vor Ort eine Anzahl von Informationsvorträgen vorbereitet. Hier wurde zunächst die Dienstpostenbewertung und die Personalbedarfsberechnung 2006 angesprochen, danach erfolgten Ausführungen zum Bereich der Tarifbeschäftigten und des neuen TV-L und TVÜ-L.



Am Nachmittag wurden u.a. die Themen Risikomanagement (RimiNi), einheitliche Grundbesitzstelle und ganztägige Funktionszeiten dargeboten.

Natürlich erhielten die Jugend- und Auszubildendenvertretung und die Vertrauensperson für schwerbehinderte Menschen nach guter alter Manier ebenfalls Gelegenheit, ihre Ausführungen an den Mann und an die Frau zu bringen. Die Bezirkstagungen geben den örtlichen Personalräten ebenfalls Gelegenheit, vorab eingereichte Zweifelsfragen aus ihrer täglichen Arbeit mit den jeweiligen Vertretern der Verwaltung zu

besprechen und zu diskutieren.

Hier wurde der Themenblock "Erörterung mit der Verwaltung" und "Besprechung von Zweifelsfragen" im wesentlichen von Fragen zur Besetzung höherwertiger Dienstposten geprägt. Innerhalb des letzten Jahres hatten sich hier doch weitere Unklarheiten aufsummiert.

Die Vertreter der Verwaltung wurden gebeten, zu erläutern, welche Bewerber als Umsetzungsbewerber gelten, wie die Bestenauslese in bestimmten Fällen vorzunehmen ist, welche Eignungen für die einzelnen Kolleginnen und Kollegen vergeben werden können und vieles mehr.

Diesen nicht immer ganz einfachen Fragen stellten sich Herr Finanzpräsident Dr. Hasselmann und der Personalgruppenleiter Herr Henke in Alfeld-Brunkensen und Edeweicht-Friedrichsfehn. In Amelinghausen gerieten Herr Oberfinanzpräsident Franke und der Personalreferent für einen Teil des gehobenen Dienstes, Herr Böttger, in das Kreuzfeuer der Fragen. Herr Henke bemühte sich zudem, den anwesenden Personalräten einen gesamten Überblick über das aufwendig diskutierte Thema zu geben.

Weitere Fragen erfolgten zu zukünftig geplanten Einstellungszahlen für Steuer- und Finanzanwärter, zum scannerunterstützten Aussteuerungsverfahren GNOFÄ (RimiNi) und zum Verfahrensstand Telearbeit - um hier nur einige Themen anzuführen.

Inhaltlich beschäftigten sich die nach guter alter Sitte abgegebenen Statements des OFP und des FP sich mit der zukünftigen Situation der Finanzverwaltung. In den nächsten Jahren werden neben dem Verfahren RimiNi einige Veränderungen auf uns zukommen. Herr FP Dr. Hasselmann wies beispielsweise auf die Föderalismus-situation im EDV-Bereich hin - mit dem Einsatz von KONSENS erhofft man sich den lang begehrten Gleichklang aller Bundesländer in der EDV-Landschaft. Aber nicht nur der EDV-Bereich wird Veränderungen unterworfen - Herr Oberfinanzpräsident Franke teilte hier mit, dass bis zum Jahre 2008 die Bundesseite (d.h. der Zollbereich) der Oberfinanzdirektion aufgelöst sein wird und die Oberfinanzdirektion nur noch für die Länderseite zuständig sein wird.

Thema der Statements war auch die Beförderungssituation im mittleren und gehobenen Dienst und die vorhandene (ungesunde) Altersschichtung. Hier kann allerdings nur eine kontinuierlich gleichbleibende genügende Einstellung von Anwärtinnen und Anwärtern hilfreich sein. Zukünftig ist daran gedacht, die Einstellungszahlen wieder zu erhöhen.

BEZIRKSPERSONALRAT

Wie in jedem Jahr konnte der Bezirkspersonalrat (Land) auch in diesem Jahr Kolleginnen und Kollegen aus dem Hauptpersonalrat (Steuer) beim Niedersächsischen Finanzministerium begrüßen. Die neue Vorsitzende dieses Gremiums gab einen Überblick über die Themen, die die Arbeit des Hauptpersonalrates z.Zt. wesentlich bestimmen. Es wird deutlich, dass auch die in den Bezirkstagungen geäußerten Sorgen und Nöte der örtlichen Personalräte die Arbeit des Hauptpersonalrates mit beeinflussen und mit bestimmen.

Die Mitglieder des Bezirkspersonalrats (Land) hoffen darauf, dass wir alle gemeinsam weiterhin im Interesse aller Beschäftigten gute Ergebnisse im Rahmen unserer Tätigkeiten erzielen können. Momentan arbeitet der Bezirkspersonalrat (Land) an einer Rahmendienvereinbarung über ganztägige Funktionszeiten. Beschäftigte können danach - sollte auch in ihren Häusern eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen werden - gerade im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf ihren Tagesablauf noch flexibler



gestalten, wenn es nötig sein sollte. Allerdings können die dienstlichen Gegebenheiten nicht gänzlich ohne Beachtung bleiben.

Zum Abschluss dieses Berichtes möchte ich noch ein Wort über die Dienstpostenbewertung und Personalbedarfsberechnung verlieren. Die Dienstpostenbewertung erfolgt auf der Grundlage der Personalbedarfsberechnung. Die Dienstpostenbewertung erfolgt nicht - wie die Personalbedarfsberechnung - in jedem Jahr neu. Insofern ergeben sich durch eine Bewertung aller vorhandenen Dienstposten zu einem einheitlichen Zeitpunkt immer Auswirkungen. In diesem Jahr werden sich sicherlich einige der Kolleginnen und Kollegen, die mit Mühe einen höherwertigen Dienstposten "ergattert" haben, durch die jetzige Dienstpostenbewertung vor den

Kopf gestoßen fühlen.

Eine Dienstpostenbewertung erfolgt nach den verschiedensten Kriterien. Es gibt einheitlich bewertete Dienstposten, z.B. die Dienstposten der Geschäftsstellenleiter, die entsprechend ihrer Tätigkeit mit A 12 BBesO bewertet sind. Vor dem Hintergrund eines gleichen Tätigkeitsbildes in jedem Finanzamt ist inzwischen die Bewertung des Dienstposten 3300 in der AMS einheitlich mit mindestens der BesGr A 9 BBesO vorgenommen worden.

In weiteren Arbeitsbereichen (z.B. Arbeitnehmerbereich) erfolgt die Dienstpostenbewertung abhängig von der Höhe der Zuweisung der in diesem Arbeitsbereich tätigen Kolleginnen und Kollegen. Die Erfüllung von Einsparauflagen hat gerade in diesen Bereichen in der Vergangenheit dazu geführt, dass die Anzahl der dort Tätigen reduziert worden ist. Die Folge der Personalreduzierung ist eine Verringerung der Basis für die Berechnung der Anzahl höherwertiger Dienstposten.

Weil die letzte umfassende Dienstpostenbewertung Ende der 90-er Jahre stattgefunden und eine Reduzierung der Dienstposten zwischenzeitlich nur im Bereich der mindestbewerteten Dp der BesGr A 8 BBesO oder A 11 BBesO stattgefunden hat, sind die Auswirkungen der Einsparauflagen in diesem Zusammenhang bisher hier nicht deutlich geworden.

*Uschi Japtok
Bezirkspersonalrat (Land) bei der OFD Hannover*

Kurznotiert

Bezirksausschuss Oldenburg:

Am 16. November hat der Vorstand des Bezirksausschusses Oldenburg das erste Mal unter Leitung der neuen Vorsitzenden Henriette Schmagier in Cloppenburg getagt.

Wichtigster Punkt auf der Tagesordnung war das Gespräch über die Betreuung der Ortsverbände. Hier werden die Vorsitzenden im Oldenburger Bereich in Kürze eine eMail mit Angaben zu Ansmöglichkeiten erhalten.

Ein Dank für die Hilfestellung am Tagungsort geht an den Kollegen Karl-Heinz Plasohl vom Ortsverband Cloppenburg.

*Henriette Schmagier
Vorsitzende
Bezirksausschuss Oldenburg*

Herbstseminar 2006

Das Herbstseminar der DSTG-Jugend fand auch in diesem Jahr am altbewährten Termin, jedoch nicht am altbewährten Ort statt. Statt in Bad Bevensen trafen sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einer in der Innenstadt von Bremen belegenen Jugendherberge, um dort in der Zeit vom 26. - 28. Oktober 2006 hauptsächlich das diesjährige Thema: „Finanzverwaltung, die bittere Pille muss ich eigentlich alles schlucken?“ zu beackern.

Nach einer Vorstellungsrunde wurden im Anschluss an das Mittagessen zwei Arbeitsgruppen gebildet, von denen sich die eine („DSTG Basic“) mit dem Grundriss, dem Aufbau und den Aufgaben der DSTG sowie des Personalrates und die andere („DSTG Advanced“) mit einem aktuellen Diskussionsthema befasste.

Das Hauptthema schloss sich daran an. Hier wurden den vier Teams die folgenden Themengebiete zugedacht:

- Vorbereitung einer Podiumsdiskussion mit Finanzminister Möllring
- Neue kreative Wege, um sich bemerkbar zu machen
- Vorschläge zur Verbesserung des Image der Beamtinnen und Beamten
- Vorteile des gemeinsamen Kämpfens für unsere Rechte

Mit dieser umfangreichen Aufgabe beschäftigten wir uns den restlichen Tag und ebenfalls am Freitag. Die Materie gab eine Menge an Ideen und Diskussionsmaterial her, so dass diese eineinhalb Tage gut ausgefüllt waren und wir viele Denkanstöße diskutieren und das Für und Wider abwägen konnten.

Wer viel arbeitet, hat sich nach getaner Arbeit auch eine Pause verdient. Für den Abend hatte die Landesjugendleitung daher eine Überraschung parat. Unter dem Motto „Wahrscheinlich unwahrscheinlich, oder?“ fand eine etwas andere Stadtführung statt. Hier gab der Stadtführer viele Geschichten rund um die Bremer Geschichte zum Besten, und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Herbstseminars durften die entscheidende Frage: „Was davon ist wahr; was frei erfunden?“ beantworten. Wer die Geschichte zum Spuckstein gehört hat, wird heute wissen, dass es sich hier um eine wahre Geschichte handelt, die im Zusammenhang mit der letzten öffentlichen Hinrichtung in Bremen steht.

Im weiteren Verlauf des Abends stand eine lockere



Gesprächsrunde mit dem Landesvorstand der DSTG auf dem Plan. Dr. Thorsten Eichenauer, der frischgebackene Landesvorsitzende der DSTG-Niedersachsen konnte aus persönlichen Gründen nicht vorbeischauen, diese Aufgabe übernahmen Thorsten Balster und Jürgen Hüper. Sowohl Thorsten Balster, als auch Jürgen Hüper diskutierten mit uns am nächsten Morgen über die momentan aktuellen Themen im Lande. Wir haben in dieser Gesprächsrunde eine Menge Neues erfahren können. Die Tatsache, dass Jürgen Hüper seit kurzem Pensionär ist, war in keinsten Weise erkennbar. Er ist weiterhin hoch motiviert und engagiert, wenn es um die Belange der niedersächsischen Beschäftigten geht.

Im weiteren Verlauf des Tages durften wir unsere Aufmerksamkeit noch zwei Vertretern einer Selbsthilfeeinrichtung widmen. Die beiden Herren der Debeka informierten uns zu dem Thema Dienstunfähigkeit, natürlich aus deren Sicht.

Am Samstagmorgen stellte jedes Team die jeweiligen Arbeitsergebnisse vor. Wir konnten hier sehr anschauliche Beispielaufnahmen aus dem Amt (nur nachgestellt: wurde mit Nachdruck betont) bis hin zu einer Diskussionsrunde, in der unsere Landesjugendleiterin Sonja den Part des Finanzministers übernehmen durfte (musste?), begutachten. Unter anderem waren auch neue Ideen für Kundgebungen dabei. Wir werden darüber nachdenken, welche der Ergebnisse in eine tatsächliche Diskussionsrunde mit Herrn Finanzminister Möllring einfließen können. Leider war danach das diesjährige Herbstseminar bereits zu Ende.

Wer Interesse an dem nächsten Seminar hat: Es findet vom 08. - 10. November 2007 wieder in Bremen statt.

Marco Gumtau, Teilnehmer

Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover, Tel.: 0511/342044
FAX: 0511/3883902, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de
Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 31059 Hannover
Auflage: 7850 Erscheinungsweise: zweimonatlich (C) 2006 - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten
Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.

LANDESVORSTAND

Verlässlichkeit - nicht nur eine Forderung an die Politik

Ein wichtiger Grundsatz menschlichen Miteinanders ist die Verlässlichkeit.

Als Kind vertrauen wir darauf, dass uns unsere Eltern Schutz und Geborgenheit geben, dass unser tägliches Leben gesichert ist. Im weiteren Leben knüpfen wir Freundschaften, die sich im Unterschied zu losen Bekanntschaften durch gegenseitige Unterstützung und Hilfe - insbesondere in kritischen Situationen - auszeichnen.

Auch im Arbeitsleben - nicht nur im öffentlichen Dienst - bedarf es eines Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Voraussetzung für alle intakten Beziehungen im Leben ist die Verlässlichkeit auf Partnerinnen und Partner, Kolleginnen und Kollegen. Basis erfolgreichen Wirkens sind Offenheit und Ehrlichkeit.

Ich habe in meiner Antrittsrede Verlässlichkeit der Politik gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen gefordert, denn Wortbruch und Lüge gefährden jedes Vertrauens-

verhältnis. Die Ansprüche, die ich an Dritte stelle, stelle ich natürlich erst recht intern im gewerkschaftlichen Bereich. Für Führungspositionen ist auch hier nur geeignet, wer die Wirklichkeit wahrnimmt und sich nicht der Lüge als Arbeitsmittel bedient. Wer sich hinstellt und den Bundesvorsitzenden einer großen deutschen Fachgewerkschaft zur Rücknahme öffentlicher Äußerungen und zu einer persönlichen Entschuldigung auffordert, aber wenige Tage später die Richtigkeit der Behauptungen des Bundesvorsitzenden einräumt, der hat große Probleme mit der Wahrnehmung der Wirklichkeit. Auch für die Gremienarbeit ist die Wahrnehmung der Wirklichkeit unabdingbare Voraussetzung.

Sachgerechte Entscheidungen können nur gefällt werden, wenn alle Informationen auf dem Tisch liegen. Natürlich hat jeder Vorsitzende die Möglichkeit, durch Verschweigen von Informationen die Entscheidungsfindung zu beeinflussen. Dieser Vorsitzende trägt dann allerdings auch das Risiko nicht sachgerechter Entscheidungen. Denn wer die Wirklichkeit nicht wahrnimmt oder nicht weitergibt, läuft Gefahr, zu nicht intelligenten Lösungen zu gelangen und ist deshalb für Führungspositionen ungeeignet.

*Dr. Thorsten Eichenauer
DSTG Landesvorsitzender*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für Ihre Treue zu Ihrer Gewerkschaft in der niedersächsischen Steuerverwaltung danke ich Ihnen sehr herzlich. Sie haben mit Ihrer Zugehörigkeit unser Engagement für Sie in den Personalvertretungsgremien und in den zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der Politik und der Verwaltung nachhaltig unterstützt. Wir haben unter anderem äußerst erfolgreich für Stellenhebungen gekämpft, wir haben uns für unsere Anwärterinnen und Anwärter wie in den Vorjahren mit Nachdruck und großem Erfolg verwandt.

Erfolge sind das Ergebnis gemeinsamer, kollegialer Arbeit. Eine Gewerkschaft ist ohne eine gut organisierte, engagierte Basis nichts. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen in den Ortsverbänden, haben uns durch zahlreiche Hinweise und Anregungen unsere tägliche Arbeit erleichtert.

Besonders danke ich den vielen Kolleginnen und Kollegen, die sich in unseren Ortsverbandsvorständen, in den Personalräten, den Jugend- und Auszubildendenvertretungen, den Schwerbehindertenvertretungen oder als Frauen-/Gleichstellungsbeauftragte neben ihrer beruflichen Aufgabe eingesetzt haben. Nicht nur die Gewerkschaft, die gesamte Verwaltung profitiert von Ihrer Leistung.



In meinen Dank schließe ich ausdrücklich die Damen und Herren aus der Politik und der Verwaltung ein, die stets gesprächsbereit waren und immer ein offenes Ohr für unsere Anliegen hatten.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes, glückliches und erfolgreiches neues Jahr, in dem ich die bisherige gute Zusammenarbeit mit Ihnen gerne fortsetzen möchte

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thorsten Eichenauer'.